

Norbert Podewin, junge Welt, 10. August 2001

„Sie können mich nicht lieben...“

Walter Ulbricht und der Mauerbau (Teil 1)

Am 26. April 1958 wurde William Randolph Hearst, Chef des gleichnamigen US-Presskonzerns, in Berlin zu einem Interview empfangen. Gesprächspartner war Walter Ulbricht, der bemerkenswert gelassen auf zumeist provokante Fragen reagierte. Hearst wollte beispielsweise wissen, welchen Nutzen „Verhandlungen zwischen den west- und ostdeutschen Regierungen“ angesichts der konträren Positionen beider Seiten haben sollten. Ulbricht nannte als erstes den „Beitrag zur Entspannung der internationalen Lage, zur Sicherung des Friedens und zur Schaffung der Möglichkeit einer schrittweisen Überwindung der Spaltung“. Man sollte – neben Einzelmaßnahmen wie Verzicht auf die allgemeine Wehrpflicht, Appellen an die vier Siegermächte zur schrittweisen Zurückziehung ihrer Truppen von deutschem Boden und sogar dem Ausscheiden der beiden deutschen Staaten aus NATO bzw. Warschauer Vertrag – in Beratungen eintreten „zur Ausarbeitung gemeinsamer Gesichtspunkte für den Inhalt eines Friedensvertrages mit Deutschland“.

Offene deutsche Frage

Abschließend fragte der Amerikaner, warum denn – mit Blick auf beide deutsche Wirtschaftssysteme – „die Bundesrepublik viel größere Fortschritte als die Deutsche Demokratische Republik gemacht hat im Hinblick auf Wiederaufbau, Lebensstandard, Währungsstabilität auf dem internationalen Markt usw.“ Ulbricht dagegen nannte „die sozialistische Planwirtschaft der kapitalistischen Wirtschaft überlegen“ und argumentierte, der Lebensstandard sei „nicht allein zu messen an den Löhnen, sondern muss auch gemessen werden an dem Umfang der sozialen Leistungen, bei denen wir Westdeutschland hoch überlegen sind“. Relative Warenknappheit räumte er ein, aber: „Auch das werden wir in den nächsten Jahren überwinden.“ (1)

Das Gespräch mit seinem Hinweis auf einen Friedensvertrag machte zunächst nirgendwo Furore, sollte aber ab Ende November international zu intensiven Nachbetrachtungen anregen. Dem Vorwurf einer unterlegenen Planwirtschaft wollte Walter Ulbricht dagegen offensiv vorab begegnen; der V. SED-Parteitag im Juli 1958 schien die dazu geeignete Tribüne. Zur bevölkerungspolitischen Einstimmung beschloss Volks- und Länderkammer der DDR am 28. Mai die Abschaffung der Lebensmittelkarten. Die neuen Preise waren landesweit verbindlich und lagen generell wesentlich niedriger als die der Handelsorganisation (HO). Zugleich gab es Lohn- und Rentenzuschläge für niedrige Einkommen. Bedeutend erhöht wurden die Geburtenbeihilfen. Nachgeschoben wurde am 7. Juli eine Preissenkung für Milch und Molkereiprodukte, Schlachtfette, Schweinefleisch und daraus hergestellte Wurstwaren.

Das waren gewissermaßen Vorschüsse, die es abzuarbeiten galt, daran ließ der Erste Sekretär der SED keinen Zweifel. Am 10. Juli 1958 erklärte er in seinem Hauptreferat des V. Parteitages, die anvisierten hohen Planziele seien nur durch beträchtliche Steigerung der Arbeitsproduktivität auf der Grundlage wissenschaftlich-technischen Fortschritts zu lösen. Verstärkt werden sollten die internationale Zusammenarbeit der sozialistischen Länder sowie deren planmäßige grenzüberschreitende Arbeitsteilung. Als „ökonomische Hauptaufgabe“ forderte Ulbricht, die Überlegenheit gegenüber der BRD dadurch zu beweisen, dass der „Pro-Kopf-Verbrauch unserer werktätigen Bevölkerung mit allen wichtigen Lebensmitteln und Konsumgütern den Pro-Kopf-Verbrauch der Gesamtbevölkerung in Westdeutschland erreicht und übertrifft“. Zeitlich präzisierend ergänzte er: „Wir schlagen der Arbeiterklasse und der ganzen werktätigen Bevölkerung ... vor, durch gemeinsame größere Anstrengungen in den nächsten drei Jahren die ökonomische Hauptaufgabe bis 1961 zu lösen.“ (2)

Signal an Westmächte

Der Parteitag demonstrierte optisch den Schulterschluss mit Nikita Chruschtschow, dessen Gastrede die Forderungen Ulbrichts sanktionierte, die im Hearst-Interview angeklungen waren. Konturiert wurden in Berlin die Grundsätze eines Friedensvertrages, der Deutschlands Ostgrenze an Oder und Neiße festschreiben, die „Frontstadtpolitik in Westberlin“ beseitigen und die „Normalisierung des Verhältnisses Westberlins zur DDR“ ermöglichen sollte. Das war ein deutliches östliches Signal an die Westmächte, die seit Kriegsende offene deutsche Frage mit ihren latenten Gefahren einer militärischen Blockkonfrontation durch Vertragskompromisse zu entschärfen.

Politisch pikant war die westliche Interessenlage; ein wiedervereinigtes Deutschland war intern nirgendwo erwünscht. Die Eisenhower-Administration wollte durch eine dann unausweichlich werdende Neutralisierung ähnlich der Österreich-Variante 1955 nicht ihren Vorposten und treuesten europäischen NATO-Verbündeten verlieren. Premier MacMillan in London und Präsident De Gaulle in Paris sahen visionär eine neue deutsche Großmacht auf dem Kontinent.

Für Konrad Adenauer wiederum war eine deutsche Ostgrenze ganze 70 Kilometer hinter dem ungeliebten Berlin völlig undenkbar; die Vertriebenen als treueste Millionen-Wählerklientel wären verloren. Hinzu käme – bei Bildung gesamtdeutscher Arbeitsausschüsse – die Tatsache, dass in ihnen „auch Sozialdemokraten vertreten sein (würden). Zusammen mit den ostdeutschen Vertretern würde dieser Ausschuss dann von Kommunisten beherrscht.“ Und

Adenauer schwärzte – wie Rolf Steininger in seinem Buch „Der Mauerbau“ weiter schreibt – perspektivisch noch weiter ein, indem er für den „Fall westlicher Zugeständnisse ... ein düsteres Bild von der weiteren Entwicklung in Deutschland (zeichnete) und ... in der für ihn typischen Art vor einem möglichen Sieg der Sozialdemokraten bei den Bundestagswahlen 1961“ warnte: „In dem Fall werden die Russen am Rhein stehen.“ (3)

Chruschtschows Ultimatum

Am 10. November 1958 fühlte sich der Bundeskanzler mit seiner düsteren Prognose wohl bestätigt, als im Moskauer Sportpalast Nikita Chruschtschow öffentlich erklärte: „Anscheinend ist der Zeitpunkt für die Signatarmächte des Potsdamer Abkommens gekommen, auf die Reste des Besatzungsregimes in Berlin zu verzichten und dadurch die Möglichkeit für die Herstellung normaler Zustände in der Hauptstadt der DDR zu schaffen ... Die Sowjetunion wird, was sie betrifft, alle Funktionen, die noch bei den sowjetischen Organen belassen sind, der souveränen Deutschen Demokratischen Republik übertragen. Ich denke, dass dies richtig sein würde. Sollen die USA, Großbritannien und Frankreich selbst ihre Beziehungen zur DDR aufbauen und selbst mit ihr Übereinkommen treffen, falls sie an irgendwelchen Berlin betreffenden Fragen interessiert sind.“ (4)

Mochte man diese Ankündigung noch als Propagandatest abtun, so erhielt sie am 27. November weltpolitisches Gewicht; die UdSSR überreichte ihren einstigen drei Verbündeten offizielle Noten zwecks „Umwandlung Westberlins in eine selbständige politische Einheit - eine Freie Stadt“. Für „zu klärende Fragen“ wurde eine sechsmonatige Frist eingeräumt. Im Weigerungsfall werde man allein „durch ein Abkommen mit der DDR die geplanten Maßnahmen verwirklichen. Dabei ist daran gedacht, dass die Deutsche Demokratische Republik ... in vollem Umfange selbst für die ihr Gebiet angehenden Fragen zuständig sein muss, das heißt, dass sie ihre Souveränität zu Lande, zu Wasser und in der Luft selbst ausüben muss.“ (5) Damit wusste die Welt im Nachgang, dass Ulbrichts Interview vom 28. April alles andere als ein Bluff gewesen war. Insofern hatte man im Westen sieben Monate für Alternativen verschenkt.

Die aufgeschreckten Analytiker im State Department fächerten mehrere Stoßrichtungen des östlichen Vorgehens auf: Härtetest für die Anwesenheit der Westmächte in der Stadt; Druck zur Anerkennung der DDR; Verhinderung der atomaren Aufrüstung der Bundeswehr; Abzugsbereitschaft der NATO aus der BRD im Gefolge von Konzessionen in der deutschen Frage. In den Hauptstädten der drei Westmächte wie in Bonn nahm man den Umsetzungstermin sechs Monate = 27. Mai 1959 absolut ernst.

Politiker aller Bundestagsparteien und die Medien stellten einen weitgehenden Konsens her – die Aufheizung gegen das Ultimatum wurde allseits spürbar. Zum einen verschärfte sich Ton und praktisches Handeln gegen die Massenproteste, die landesweit gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr stattfanden. In gleichem Maße wurden den „Landsleuten“ östlich der Elbe die Folgen einer – wie auch immer gearteten Abriegelung Westberlins – ausgemalt: Der „Weg in die Freiheit“ werde abgeschnitten.

Ausbluten der DDR

Ausgeblendet blieb der für die bundesdeutsche Wirtschaft höchst gewinnträchtige Aspekt eines vielfältig geförderten Zustroms von Fachkräften, deren Ausbildungskosten „Pankow“

getragen hatte. Auf ausländische Arbeitskräfte wurde damals noch kaum zurückgegriffen. 1960 belief sich ihr Anteil auf ganze 1,5 Prozent bzw. 181 000 Italiener, Griechen und Spanier. Die DDR „lieferte“ dagegen bis Ende 1958 insgesamt 2 188 895 Menschen; davon wurden mehr als 61 Prozent als „Erwerbspersonen“ und 20,6 Prozent als „Kinder und Schüler“ amtlich registriert. (6)

Der bald darauf versperrte Zugriff auf das qualifizierte Potential „Pankows“ änderte die bundesdeutsche Arbeitskräftepolitik gravierend. Bereits 1964 betrug der Ausländeranteil fast eine Million (986 000 = 4,4 Prozent) und stieg bis 1972 auf zirka 2 352 000 und 10,8 Prozent. Das größte Potential stellte zu diesem Zeitpunkt und von da an dauerhaft die Türkei (511 000). Damit waren 10,8 Prozent der Arbeitenden Ausländer, deren Aufenthalt-srecht ständig erweitert wurde.

In einer aufschlussreichen Betrachtung im 1998 aufgelegten „Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands“ der Bundeszentrale für politische Bildung wird eingeräumt: „1955 wurde auf der Grundlage des ersten Anwerbevertrages mit Italien damit begonnen, ausländische Arbeitskräfte, insbesondere für die industrielle Maßanfertigung und die Schwerindustrie, anzuwerben. Diese Tätigkeiten stellten nur geringe Qualifikationsanforderungen, folglich gliederte sich die ausländische Bevölkerung am unteren Ende der beruflichen und sozialen Hierarchie ein. Die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte sollte nur zur Überbrückung des Arbeitskräftemangels während der Hochkonjunktur dienen und nicht zur dauerhaften Niederlassung von Ausländern in Deutschland führen. Um ausländische Arbeitskräfte nach den Erfordernissen des Arbeitsmarktes flexibel einsetzen zu können, wurde ihnen nur eine befristete Arbeitserlaubnis erteilt, und danach wurden wieder neue Arbeitskräfte angeworben.“ (7)

Dieses Konzept konnte – machte der Osten seine Pläne bezüglich Berlins wahr – als Makulatur betrachtet werden. So versuchte insbesondere Konrad Adenauer seine Verbündeten zur harten Haltung zu bewegen. In den Reden der Politiker sowie in den Medien aber wurden die Töne ständig schriller. Ein erster Triumph war die Tatsache, dass der 27. Mai verstrich:

Sowjetisch angedrohte einseitige Aktionen blieben aus. Die (noch mehrfach) erfolgte Fristverlängerung aber heizte die psychologische Kriegführung insbesondere aus der anvisierten Freien Stadt an - zu Lasten der DDR. Der personelle Aderlass wurde immer de-saströser: 1959 betrug die Zahl der DDR-Flüchtigen 143 917 Personen, im Folgejahr 199 188 und bis zum gewaltsamen Abbruch am 13. August 1961 nochmals 159 730 Personen. Damit war Walter

Ulbrichts Vision des V. SED-Parteitagess vom konsumorientierten „Überholen“ der BRD gescheitert; die verlorene „Schlacht der 1 000 Tage“ eine persönliche tiefe Niederlage. Sein Staat büßte an Spezialisten nach späteren BRD-Angaben u. a. ein: 3 371 Ärzte, 1 329 Zahnärzte, 291 Tierärzte, 960 Apotheker, 132 Richter und Staatsanwälte, 679 Rechtsanwälte und Notare, 752 Hochschullehrer, 16 724 Lehrer und 17082 Ingenieure und Techniker. (8)

Nahm man einige US-Militärs aus, die auf Chruschtschows Ankündigung auch mittels eines Atomschlages parieren wollten oder die gewaltsame Schaffung eines „Korridors“ durch die DDR in Betracht zogen, so suchten die Politiker nach einem Modus ohne Gewalt. Erwogen wurde vor allem von amerikanischen Politikern die „Agententheorie“ – DDR-Abfertiger als Beauftragte der UdSSR zu akzeptieren. Im internen Gespräch aber waren auch Lösungen, die ganz Berlin unter UNO-Status stellen sollten bzw. auch eine internationale Kontrollbehörde für Berlin-West. Dass die östlichen Vorwürfe gegen das „Spionagezentrum Westberlin“ nicht substanzlos waren, gab man intern auf westlicher Seite zu: Der Moskauer US-Botschafter Llewellyn Thompson dachte in einem „for eyes only“-Vorschlag an seine Administration ernsthaft über das Angebot der Reduzierung geheimdienstlicher Tätigkeit und Einstellung des RIAS nach, wie Steininger herausfand.

Kennedys three essentials

Vom 3. bis 4. Juni 1961 trafen sich dann der im November 1960 gewählte US-Präsident John F. Kennedy und Nikita S. Chruschtschow in Wien. Man tauschte Meinungen zum Thema Deutschland und Berlin aus – und blieb kontrovers. Der Amerikaner schied mit den Worten, es scheine „einen kalten Winter zu geben in diesem Jahr“. Zu diesem Zeitpunkt kursierten in den westlichen Denkkreisen noch immer unterschiedliche Modelle für eine Lösung. Eine Internationalisierung von Berlin-West schien durchaus möglich; sie hätte einzig Flüchtlingen mit politischer Motivation offen gestanden, das massenhafte personelle Abwandern von DDR-Arbeitskräften wäre unterbunden. Eine Kontrollbehörde mit östlicher Beteiligung konnte aus Walter Ulbrichts Sicht als ausreichend gelten. „Eine solche Regelung hatte Ulbricht wahrscheinlich im Auge, als er Mitte Juni 1961 den berühmt gewordenen Satz sagte: >Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten<“, konstatierte später der Publizist Peter Bender. (9)

Am 25. Juli 1961 erklärte Präsident Kennedy in einer weltweit verbreiteten Rede – die Ausstrahlung erfolgte in alle Welt mit anschließender Übersetzung in 25 Sprachen: West-Berlin stehe unter dem Schutzschild der NATO. Dann folgten seine „three essentials“: Recht auf Präsenz der Westmächte, Recht auf Zugang, Sicherung der Freiheit der Westberliner. Bender konstatiert: „Chruschtschow begriff: Ost-Berlin war freigegeben – und ließ die Mauer ziehen.“

Bitterer Preis

Gestützt auf Notizen des BRD-Botschafters in Moskau, Hans Kroll, berichtete am 29. November 1961 das Magazin Der Spiegel, Chruschtschow habe sich gegenüber dem Diplomaten unumwunden dazu bekannt, den Mauerbau angewiesen zu haben. „Dem Chruschtschow-Befehl an die volkseigenen DDR-Maurer ist nach Informationen der Gehlen-Agentur in Moskau sogar eine harte Auseinandersetzung mit dem Zonenchef Ulbricht vorausgegangen. Der... wollte zwar den unerträglich gewordenen Flüchtlingsstrom

abgeriegelt wissen, hielt aber die hermetische Schließung der Sektorengrenze für ein denkbar ungeeignetes Mittel, das für das innen- und außenpolitische Prestige der DDR äußerst abträglich sei und seine Bemühungen um internationale Anerkennung zurückwerfe.“

Ulbricht wusste sehr genau, dass mit dieser Entscheidung sein Negativ-Image auch bei den eigenen Bürgern ins Bodenlose fallen würde. Dem anglikanischen Priester Paul Oestreicher gegenüber offenbarte er Anfang 1962: „Sie können mich nicht lieben, diesen Preis muss ich bezahlen.“ Oestreicher fragte: „Aber muss man an der Mauer Menschen totschießen? Antwort dem Sinn nach: >Das ist der bittere Preis, den ich bezahlen muss. Würde nie geschossen, hätten wir die Mauer gar nicht bauen müssen. Ich weiß nur zu wohl, welche Propagandawaffe ich damit dem Klassenfeind liefere. Ich habe keine Wahl. Eines Tages – nach meinem Tod – wird mir die Geschichte Recht geben.<“ (10)

1) Grundfragen der Deutschlandpolitik. Interview mit dem Chefredakteur und Inhaber der amerikanischen Hearst- Presse, William Hearst, 26. April 1958, Neues Deutschland, 1. Mai 1958

2) Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen, Bd. VII, 1957 - 1959, Berlin 1964, S. 319

3) Rolf Steininger: Der Mauerbau. Die Westmächte und Adenauer in der Berlinkrise 1958 - 1963, Olzog Verlag, München 2001, S.140

4) Ebenda, S. 21

5) Taschenhandbuch zur Geschichte. Überblick – Grundbegriffe, Paderborn 1991, S. 147

6) Christoph Kleßmann: Zwei Staaten – eine Nation. Deutsche Geschichte 1955 - 1970, Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 265, Bonn 1988, S. 558

7) Bernhard Schäfers, Wolfgang Zapf (Hg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1998, S. 51

8) Christoph Kleßmann: Zwei Staaten – eine Nation... AaO, S. 321

9) Peter Bender: Deutsche Parallelen. Anmerkungen zu einer gemeinsamen Geschichte zweier getrennter Staaten, Berlin 1989, S. 87

10) Norbert Podewin: Walter Ulbrichts späte Reformen und ihre Gegner. hefte zur ddr-geschichte, Nr. 59, „Helle Panke“, Berlin 1999

